

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(26. - öffentliche - Sitzung am 21. Februar 2024)

Tagesordnung:

1. **Gespräche mit den Präsidentinnen und Präsidenten der niedersächsischen Obergerichte**

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Braunschweig.

2. **Amtsgerichte stärken und Landgerichte entlasten - Zuständigkeitsstreitwert für Amtsgerichte sofort auf 8 000 Euro anheben!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3460](#)

Der Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf und bittet die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand zu unterrichten.

3. **Erbrachte Prüfungsleistungen honorieren und die rechtswissenschaftliche Ausbildung attraktiver gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3370](#)

Der - federführende - Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf und bittet die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand und ihre Haltung zu dem Antrag zu unterrichten.

4. **Ersatzfreiheitsstrafe gerechter gestalten, Kosten reduzieren, Resozialisierung fördern!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2462](#)

Der - federführende - Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag entgegen und nimmt die Antragsberatung auf.

5. **Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch schützen - Rechtsrahmen zur Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten ausschöpfen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/113](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den Sachstand und ihre Haltung zu dem Antrag entgegen. Er setzt die Antragsberatung fort.

6. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Überlastung der Staatsanwaltschaften - Einstellungspraxis des Justizministeriums für den Richterdienst“**

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen.